

Migration als Chance

2010



Beiträge zum StudentenTag Migration und Entwicklung
am 1. Oktober 2009 in Bonn

Inhalt

Vorwort	3
Von Anke Kurat und Jürgen Lieser	
Migration als Chance begreifen	4
Von Franz Nuscheler	
Migration und Entwicklung – Neun Thesen	5
Von Barbara Krause	
Migration und Entwicklung – Handlungsansätze für »Brot für die Welt« und den Evangelischen Entwicklungsdienst	6
Von Katja Hansen und Sophia Wirsching	
Flüchtlinge sind Menschen in Not. Aber sind alle Menschen in Not Flüchtlinge, wenn sie den Ort ihrer Not verlassen?	8
Von Hannes Stegemann	
Migration und Entwicklung aus der Sicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ)	9
Von Christiane Bögemann-Hagedorn	
Die dritte Seite der Münze	10
Von Abdulai Sila	
Wie könnte man die Diasporagemeinden stärker in die Entwicklungs- politik integrieren?	12
Von Gilberte Raymonde Driesen	
VENRO-Mitglieder	14
Impressum	15



Vorwort

von ANKE KURAT UND JÜRGEN LIESER

Das Thema »Migration und Entwicklung« spielt in politischen Diskussionen eine immer größere Rolle. Dabei durchdringen viele Klischees die Debatten. Die Beziehungen zwischen Migration und Entwicklung werden oft eindimensional und vereinfacht dargestellt. In der europäischen Politik wird gerne ein Bedrohungsszenario heraufbeschworen, das der Öffentlichkeit den Eindruck einer Migrationschwemme, vor allem aus Afrika, vermittelt. Um die Migrationsflüsse einzudämmen, müsste man die Kontrollen an den Außengrenzen Europas verstärken und gleichzeitig die Ursachen bekämpfen, die angeblich zu Migration führen.

Auch für die Mitgliedsorganisationen des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat das Thema Migration und Entwicklung in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Allerdings sind die Blickwinkel, Problemanalysen und Schwerpunkte der einzelnen Organisationen oft sehr unterschiedlich.

VENRO ist es ein besonderes Anliegen, die Chancen von Migration sowohl für die Herkunfts- als auch für die Zielländer hervorzuheben. In den öffentlichen Diskussionen wird dieser Aspekt zumeist vernachlässigt. Im VENRO-Positionspapier »Migration zulassen – Flüchtlinge schützen« vom Juli 2009 stellt der Verband folgende Aspekte in den Vordergrund:

1. Mehr Entwicklung führt nicht zu weniger Migration. Das Gegenteil ist der Fall: Mehr Entwicklung führt zu mehr Migration.

2. Flucht und Migration sind zwei unterschiedliche Begriffe. Ihre Bedeutungen dürfen nicht verwässert werden.
3. Es gibt keine Migrationsschwemme. Nur etwa drei Prozent der Weltbevölkerung sind Migranten. Dieser Prozentsatz ist seit Jahrzehnten stabil, wie Statistiken der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zeigen.

Der Verband steht noch am Anfang eines Diskussionsprozesses. Aus diesem Grund hatte er im Oktober 2009 zu dem StudentenTag »Migration und Entwicklung« in Bonn eingeladen, um die unterschiedlichen Positionen vorzustellen und zu diskutieren.

Die nachfolgenden Beiträge zeigen die verschiedenen Facetten und Perspektiven zum Thema Migration und Entwicklung: aus der wissenschaftlichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Sicht, aus dem Süden und aus dem Norden.

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Anke Kurat ist stellvertretende Geschäftsführerin und Referentin für EU-Entwicklungspolitik bei VENRO.

Jürgen Lieser ist stellvertretender VENRO-Vorsitzender.

Migration als Chance begreifen

VON FRANZ NUSCHELER

Langsam setzt sich in der internationalen Diskussion über Migration die Erkenntnis durch, dass sie nicht nur Risiken, sondern auch Chancen erzeugt – und zwar sowohl für die Herkunfts- als auch für die Zielländer. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) versprach sogar eine dreifache Gewinnprämie für die beiden Ländergruppen und für die Menschen, die sich auf die internationale Wanderschaft begeben. Sie ging, wie schon die *Global Commission on International Migration* (2005), davon aus, dass die OECD-Länder aufgrund des demografischen Wandels dringend Zuwanderung brauchen, um ihr Wohlstandsniveau halten zu können, und die Herkunfts länder durch die Geldüberweisungen (Remittances) ihrer Auswanderinnen und Auswanderer weit mehr in ihre Entwicklung investieren können, als es ihnen alle internationale Entwicklungshilfe ermöglicht. Derzeit machen diese Remittances mindestens den dreifachen Umfang der im Gefolge der Weltwirtschaftskrise schrumpfenden Entwicklungshaushalte der OECD-Länder aus. Sie leisten einen wirksameren Beitrag zur Armutsbekämpfung als die staatlichen Subsidien, die häufig im Gestrüpp der Bürokratien und der Korruption hängen bleiben.

Diese Gewinnprämie der Migration hat allerdings einen Haken. Die Zielländer handeln nach der migrationspolitischen Maxime, dass nur Fachkräfte einwandern dürfen, die sie unbedingt brauchen, seien es Spezialisten der Informationstechnik aus Indien und Osteuropa oder billige Pflegekräfte aus der übrigen Welt. Die legalen Zugangswege für Flüchtlinge und Arbeitsmigranten und -migrantinnen mit geringerer Qualifikation haben sie weitgehend verschlossen. Dadurch haben sie das Problem der irregulären Migration verschärft. Europa versucht dieses Problem mit der militärischen Aufrüstung seiner Außengrenzen abzuwehren und nimmt dabei humanitäre Katastrophen vor und auf dem Mittelmeer in Kauf. Die Rechtfertigung für diese Abschottungspolitik ergibt sich aus dem anscheinend plausiblen Grund, dass eine uneingeschränkte Zuwanderung die Arbeitsmärkte und sozialen Infrastrukturen der Zielländer überfordern würde und deshalb politisch gegen ausländerfeindliche Reaktionen nicht durchsetzbar wäre,

zumal Migration erfahrungsgemäß immer mehr Migration in Bewegung setzt. Die Einsicht, dass Migration auch für die Zielländer ein Gewinn sein kann, durchdringt das Dickicht von Vorurteilen nur schwer.

Was also tun in diesem Dilemma, dass einerseits Zuwanderung notwendig, eine uneingeschränkte Zuwanderung aber nicht durchsetzbar ist? Die europäischen Migrationspolitiker wollten mit der sogenannten »zirkulären Migration« ein Modell schaffen, das gleichzeitig mehreren Zielen dienen könnte: erstens den Bedarf an nachgefragten Fachkräften zu decken; zweitens den Migrationsdruck und den Zwang zu irregulärer Migration durch die Öffnung selektiver Ventile zu entschärfen; drittens durch die Rückkehrverpflichtung der »zirkulären Migranten« ihren Herkunftsländern neben Kapital auch einen Schatz an Erfahrungen zurückzubringen. Fachleute sehen allerdings in der Neuauflage des misslungenen Gastarbeitermodells keine Lösung zur wesentlichen Verringerung der irregulären Migration, die das Kernproblem des internationalen Migrationsgeschehens bildet.

Weil keine Alternativen zur weiteren Abschottung der »Festung Europa« bestehen und eine ungesteuerte Zuwanderung auf heftige innenpolitische Widerstände stößt, sollte die »zirkuläre Migration« als Teillösung nicht völlig ausgeschlossen werden. Noch wichtiger ist freilich, dass auch die irreguläre Migration, für die es nach Erkenntnissen der wirtschaftswissenschaftlichen Migrationstheorien einen Bedarf gibt, unter den völkerrechtlich garantierten Schutz vor Ausbeutung und Rechtlosigkeit gestellt wird. Auch die »Illegalen«, zu denen sich die wachsende Zahl von »Umweltflüchtlingen« gesellen wird, haben Anspruch auf Menschenrechte.

Prof. em. Dr. phil. Franz Nuscheler ist promovierter Politikwissenschaftler. Er war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2003 Professor für Internationale und Vergleichende Politik an der Universität Duisburg-Essen.

Migration und Entwicklung – Neun Thesen

VON BARBARA KRAUSE

1. Migration als Wanderungsbewegungen von Einzelnen und Gruppen erfolgt im Allgemeinen nicht aus Spaß oder Abenteuerlust, sondern hat vielfältige Ursachen in einem Bündel von Schubfaktoren. Dies sind beispielsweise Not aufgrund welt- und binnenwirtschaftlicher Bedingungen, Klimaveränderungen, (Bürger-)Kriege, Konflikte und Verfolgung. Auf der anderen Seite führen Sogfaktoren wie Arbeitsmöglichkeiten, Sicherheit, politische Freiheit, familiale Beziehungen dazu.
2. Migration ist nichts Neues, sondern eine Konstante in der Menschheitsgeschichte – in den letzten Jahrzehnten waren immer etwa drei Prozent der Weltbevölkerung davon betroffen. In Zahlen waren dies 1965 etwa 65 Millionen, im Jahr 2005 etwa 200 Millionen Migrantinnen und Migranten.
3. Migration – die Verlagerung des Lebensmittelpunktes über eine sozial bedeutsame Entfernung hinweg – bedeutet für die Betroffenen immer auch Fremdheitserfahrung: viele der alltäglichen Selbstverständlichkeiten und Verhaltensweisen, die Menschen in ihrer Sozialisation gelernt haben, greifen nicht mehr; Sprach- und Systemkenntnisse müssen neu erworben werden. Inkulturation und Platzierung werden seitens der aufnehmenden Gesellschaft zusätzlich erschwert durch die Nicht-Anerkennung von Kenntnissen, Abschlüssen und Fähigkeiten, die Migranten mitbringen.
4. Migration wird im öffentlichen Diskurs der Aufnahmegerüssenschaften bisher meistens als Belastung und nicht als Chance eines Ressourcengewinns konstruiert.
5. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des damit einhergehenden Fachkräftemangels in einigen Arbeitsfeldern ändert sich bei uns der Blickwinkel auf Migration. Es wächst das Interesse an »nützlichen« Zuwanderern.
6. Unter entwicklungspolitischer Perspektive wurde die Anwerbung von Fachkräften ebenso wie das Hierbleiben von Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Ländern des Südens als »brain-drain«, als ein Abziehen der potenziellen Akteure von Entwicklungsprozessen aus ihren Herkunftsländern, bisher eher abgelehnt.
7. Inzwischen betragen die Rücküberweisungen von MigrantInnen in ihre Herkunftsländer mit etwa 250 Milliarden US-Dollar mehr als das Doppelte der jeweiligen öffentlichen Entwicklungshilfe für diese Entwicklungsländer. Für die im Land verbliebenen Familienangehörigen stellen sie eine wesentliche Grundlage zum Leben, für die Länder eine wichtige Devisenquelle dar.
8. Angesichts der zunehmenden Tendenz zur Anwerbung ausgewählter Migrantinnen und Migranten – je nach Bedarf der Industrieländer – im Kontext von Globalisierungsprozessen besteht die Gefahr, dass der Flüchtlingsschutz weiter abgebaut und die Abschottungspolitik zum Beispiel im Mittelmeer intensiviert wird. Deshalb ist eine klare Differenzierung zwischen Arbeitsmarkt- und Fluchtmigration und das Insistieren auf realen Möglichkeiten, Asyl zu finden, unabdingbar.
9. Für die Gestaltung der Arbeitsmigration sollte aus entwicklungspolitischer Perspektive das Ziel einer »triple-win«-Situation propagiert und angestrebt werden: Wie kann Arbeitsmigration so verankert werden,
 - dass sie Vorteile für die Migrantin oder den Migranten im Sinne von beruflicher Weiterentwicklung und internationaler Vernetzung bedeutet,
 - dass sie die Entwicklung des Herkunftslandes nicht behindert, sondern unterstützt und
 - dass sie dem Fachkräfte-Bedarf des anwerbenden Landes entspricht?Für Letzteres ist mehr Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen notwendig, das ist bekannt. Was die beiden anderen Faktoren angeht, gibt es bisher kaum konzeptionelle Vorstellungen. Solche sind dringend erforderlich und sollten von Nichtregierungsorganisationen im engen Austausch mit ihren Partnern in Übersee entwickelt und bei Regelungen zwischen Staaten eingefordert werden.

Prof. Dr. Barbara Krause ist Professorin an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Aachen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Soziale Arbeit mit Migrantinnen und Migranten.

Migration und Entwicklung – Handlungsansätze für »Brot für die Welt« und den Evangelischen Entwicklungsdienst

von KATJA HANSEN UND SOPHIA WIRSCHING

Fast 200 Millionen Menschen leben weltweit als internationale Migrantinnen und Migranten außerhalb ihrer Herkunftsänder. Entwicklung wird weltweit als legitimes Ziel angesehen, während die Nutzung konkreter Entwicklungschancen durch Migration häufig illegalisiert und kriminalisiert wird. Insbesondere die Süd-Nord-Arbeitsmigration wurde lange Zeit überwiegend negativ bewertet, weil gut ausgebildete und hochqualifizierte Arbeitskräfte ihre Herkunftsänder im Süden verlassen und somit nicht direkt zur Entwicklung ihres Herkunftslandes beitragen und weil Migration soziale Kosten verursacht. So wachsen beispielsweise viele Kinder ohne ihre Eltern auf, da diese sich gezwungen sehen, im Ausland zu arbeiten.

Höchstens ein bis zwei Prozent aller Migranten und Flüchtlinge kommen nach Europa. Die weltweiten Migrations- und Asylprobleme spielen sich vor allem auf der südlichen Halbkugel ab. Die armen und ärmsten Länder tragen die Hauptlast dieser Wanderungsbewegungen. Migrantinnen und Migranten sind vielfältigen Formen von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt: Menschenrechtsverletzungen sind sowohl Ursache für Migration als auch eine Begleiterscheinung. Zehn Prozent aller Migranten sind Flüchtlinge. Viele Fluchtursachen und die Wurzeln für andere, oft armutsbedingte Migrationsformen sind in scheinerten nationalen Entwicklungsstrategien oder fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen begründet.

Potenzielle der Migration nutzen

Internationale entwicklungs- und wirtschaftspolitische Debatten heben seit wenigen Jahren neben Problemen auch die Chancen der Migration für die Entwicklung der Herkunfts- und Zielländer hervor. Die Frage, wie die Potenziale der Migration für die Entwicklungszusammenarbeit zusätzlich entfaltet werden können, wird zunehmend auch von Partnerorganisationen von »Brot für die Welt« und dem Evangelischen Entwicklungsdienst diskutiert. Migranten senden nicht nur enorme Geldmittel zurück in ihre Her-

kunftsänder. Sie vermitteln auch neue Qualifikationen, Erfahrungen und Kontakte in ihre Herkunftsregion. Wichtig ist es daher, einen entwicklungsförderlichen Rahmen für Migration zu setzen. Die Potenziale der Diaspora und der Migranten für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sowohl für die Herkunfts- als auch für die Zielländer müssen besser genutzt und gefördert werden.

Beide Organisationen sind bestrebt, die Entwicklungspotenziale der Migration zu fördern und zugleich die Risiken der Migration zu mindern. Es geht vor allem darum, die Lebenssituation von armen Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Dabei werden sowohl die Gesellschaften in Herkunfts- als auch in Zielländern von Migranten berücksichtigt. Unsere Partnerorganisationen werden darin unterstützt, auf die vielfältigen Herausforderungen von Migration angemessen zu reagieren.

Förderschwerpunkt Gemeinwesenentwicklung

Ein wichtiger Förderschwerpunkt der internationalen Programmarbeit von »Brot für die Welt« und dem EED ist die ländliche Gemeinwesenentwicklung. In diesem Kontext kommt den Herausforderungen der Landflucht und der drastisch zunehmenden Urbanisierung ein wichtiger Stellenwert zu. Jugendliche sind eine zentrale Zielgruppe der Förderprogramme. Oft sehen sich junge Menschen in Ländern des Südens mit einer großen Arbeits- und Perspektivlosigkeit konfrontiert. Daher sind viele von Ihnen bereit, ihre Heimat zu verlassen, und scheuen dabei keine Risiken. Die Abwanderung von Fachpersonal, vor allem im Gesundheitsbereich, (»brain drain«) stellt ebenfalls für viele Länder und Regionen des Südens ein großes strukturelles Problem dar. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen setzen wir uns dafür ein, Menschenrechtsverletzungen als Fluchtursachen zu bekämpfen, Personen, die bereits ihre Heimat verlassen haben, vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen und sie dabei zu unterstützen, ihre Rechte einzufordern.



Kiribati/Pazifik. Das Meer dringt immer weiter ins Landesinnere vor.

Auch innerhalb der deutschen Öffentlichkeit soll eine entwicklungsorientierte Wahrnehmung von Migrationsprozessen gefördert werden.

Klimawandel als Ursache von Flucht und Migration

Eine thematische Zuspitzung besteht derzeit angesichts der klimabedingten Migration. Studien rechnen allein bis zum Jahr 2050 mit bis zu 250 Millionen Menschen, die angesichts der Folgen des Klimawandels gezwungen sind zu migrieren.

Bislang existiert keine international akzeptierte Begrifflichkeit für Personen, die aufgrund von Umweltveränderungen ihre Heimat verlassen. In internationalen Rechtsinstrumenten gibt es keine klare Kategorie: »Umweltflüchtlinge« oder »Klimaflüchtlinge« können sich auf keine rechtliche Grundlage wie etwa das Genfer Flüchtlingsrecht beziehen. Schwierig ist es in vielen Fällen auch, eine klare Unterscheidung von (erzwungener) Flucht und (freiwilliger) Migration zu treffen, wenn Umweltfaktoren direkt oder indirekt ursächlich sind.

Die bestehenden Rechtsinstrumente sind nicht geeignet, einen Rahmen für einen angemessenen Umgang mit den Betroffenen (Schutz, Kompensationsmöglichkeiten und in letzter Konsequenz auch Umsiedlung) zu bieten.

Die schwierige Definition von »Klimafüchtlingen« und der rechtliche und politische Umgang mit Menschen, die aufgrund der Folgen des Klimawandels ihre Heimat verlassen, stellen nahezu alle politischen Akteure vor enorme Probleme.

»Brot für die Welt« und der EED suchen gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen nach Wegen, wie es gelingen kann, international eine Anerkennung von Klimawandel als Ursache von Flucht und Migration zu erreichen und fordern verbindliche Verantwortlichkeiten im Rahmen internationaler Vereinbarungen. In unserer Lobby- und Advocacyarbeit treten wir dafür ein, dauerhaften Schutz für Klimamigranten zu gewährleisten und dafür, dass Finanzinstrumente geschaffen werden, um die Kosten für dauerhafte Umsiedlung und Kompensation zu tragen.

Katja Hansen ist im Ressort Internationale Programme des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) zuständig für die Region Westafrika mit Schwerpunkt Nigeria und Togo.

Sophia Wirsching ist Beraterin für Migration und Entwicklung im Referat für Menschenrechte von »Brot für die Welt«.

Flüchtlinge sind Menschen in Not. Aber sind alle Menschen in Not Flüchtlinge, wenn sie den Ort ihrer Not verlassen?

VON HANNES STEGEMANN

Die Genfer Flüchtlingskonvention erkennt die besonderen Rechte von Menschen an, die wegen Rasse, Religion, Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung von Verfolgung bedroht sind. Nun gibt es vielerlei andere – auch nicht von Menschen zu verantwortende – Not, die uns zur Hilfe verpflichten kann. Und es gibt Menschen, die auch aus Hoff-



nung und Zuversicht »das Land ihrer Väter« verlassen. Schon Abraham und Moses brachen so auf. Dies wurde, obwohl die 40 Jahre in der Wüste nie einfach waren, von den Betroffenen als heilbringend erlebt. Die europäischen Wanderungen im 19. Jahrhundert in die »Neue Welt« sind das uns nächste Beispiel eines solchen Aufbruchs, meist auch aus bitterer Not. Wanderschaft wurde immer als eine, wenn nicht *die* Grundbefindlichkeit des Menschen erlebt, nicht zuletzt im christlichen Bild des Lebens als Pilgerfahrt.

Ich sehe zwei zu unterscheidende Situationen:

Menschen kommen zu uns als Reaktion auf die ständig drohenden Fährnisse des Lebens, aus vielerlei Gründen zugleich, auf der Suche nach neuen Chancen und Möglichkeiten. Aber das bedeutet eben immer auch, dass sie diese Möglichkeiten vielleicht nicht finden.

Oder Menschen stehen vor uns, weil einige unserer Artgenossen ihnen mit der uns Menschen eigenen Gründlichkeit an Leib und Leben wollen. Das verpflichtet uns zu viel bedingungsloserer Hilfe.

Was sagt uns das über den Begriff »Klimaflüchtling«? Verwechseln wir da nicht die besondere Kraft des Menschen zu dynamischer Veränderung mit der Ohnmacht des gewaltsam Verfolgten? Die echte Verantwortung von Menschen für Lebensumstände mit pauschalem schlechtem Gewissen für unseren verantwortungslosen Lebenswandel? Und neigen wir dann umgekehrt nicht entsprechend leicht dazu, den wirklichen Flüchtling wie einen Arbeitssuchenden zu behandeln, den man jederzeit wieder nach Hause schicken kann? Wenn wir überall Flüchtlinge sehen, können wir keinem mehr Schutz gewähren.

Aeneas verließ als Flüchtling das brennende Troja. Als er in das Gebiet des späteren Rom aufbrach, um dort ein zweites Troja zu errichten, hatte er diesen Status nicht mehr. Er brauchte weiter Hilfe und musste Schwierigkeiten und Nöten trotzen. Aber er war kein Flüchtling mehr.

Hannes Stegemann ist Westafrikareferent bei Caritas international.

Migration und Entwicklung aus der Sicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ)

von CHRISTIANE BÖGEMANN-HAGEDORN

VENRO setzt mit seinem Positionspapier »Migration zulassen – Flüchtlinge schützen« einen willkommenen Kontrapunkt zum »mainstream« der öffentlichen Wahrnehmung von Migration.

Zum Mythos »Invasion«

Mit »Invasion« verbindet man die Vorstellung einer feindlichen Übernahme. In Deutschland halten sich aber ganz überwiegend Zuwanderer auf, die unsere Behörden in den letzten Jahrzehnten zugelassen haben, wie das Parlament es wollte. Deutschland ist ein Einwanderungsland, weil wir angesichts des Rückgangs unserer Bevölkerung Arbeitskräfte brauchen. Migranten haben in aller Regel keineswegs feindliche Absichten. Sie suchen bessere Lebenschancen für sich und ihre Kinder. Arbeitslosigkeit, schlechte Verdienstmöglichkeiten, unzureichende Bildungs- und Gesundheitssysteme lösen die oft sehr schwere Entscheidung aus, die Heimat zu verlassen. Der Klimawandel, der vielen Menschen in den Entwicklungsländern ihre Existenzgrundlage entziehen wird, wenn wir nicht energisch gegensteuern, wird den Migrationsdruck noch verschärfen.

Zum Zusammenhang Migration und Entwicklung

Kurzfristig ist Entwicklungspolitik nicht geeignet, Migrationsströme zu vermindern. Entwicklung führt zunächst zu mehr und nicht zu weniger Migration. Ebenso richtig ist es aber auch, dass wir langfristig dafür sorgen müssen, dass mehr Menschen attraktive Lebensperspektiven in ihren Heimatländern finden. Dazu brauchen wir mehr Entwicklungszusammenarbeit.

Auch dann werden wir aber in Zeiten der Globalisierung langfristig mit der gesellschaftlichen Realität von Migration zu tun haben. Darauf müssen wir uns auch mit der Entwicklungspolitik strategisch einstellen, denn Migration hat das Potenzial, die Entwicklung der Herkunftslander der Migrantinnen und Migranten zu fördern: Dies geschieht

durch ihre Geldtransfers, durch gemeinnützige oder privatwirtschaftliche Aktivitäten der Diaspora, und besonders durch den Know-how-Transfer, den rückkehrende Migrantinnen und Migranten für ihr Heimatland leisten (»brain gain«).

Migration hat allerdings auch ihre Schattenseiten für die Herkunftslander: Qualifizierte Fachkräfte hinterlassen Lücken in ihren Heimatländern. Dies gilt besonders für die Gesundheits- und Bildungssysteme (»brain drain«).

Wir müssen unsere Partner in den Entwicklungsländern dabei unterstützen, die Potenziale der Migration zu nutzen und gleichzeitig die Risiken zu mindern. Wir müssen Migration im engen Dialog mit den Partnern lenken und gestalten, um einen fairen Interessenausgleich aller Beteiligten – der Herkunfts- und der Zielländer sowie der Migranten selbst – herzustellen. Um dies zu erreichen, müssen wir Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen zusammenbinden.

Entwicklungspolitische Ansätze zur Gestaltung von Migration

Im Rahmen der Politikkohärenz setzt sich das BMZ ein für:

- Großzügigere Möglichkeiten für legale Migration. Dabei fangen wir in der Europäischen Union mit Mobilitätspartnerschaften an. Auch die »blue card« für Hochqualifizierte war ein Schritt in die richtige Richtung, wir müssen aber auch weniger qualifizierten Kräften Chancen einräumen.
- Mehr Möglichkeiten für zirkuläre Migration, die es MigrantInnen erlaubt, für längere Zeit wieder in ihr Heimatland zurückzukehren und dennoch den Aufenthaltsstatus hier nicht zu verlieren (»brain gain«).
- Aber auch: Internationale Vereinbarungen über ethische Anwerbeprinzipien, die massiven Wissensverlust in sensiblen Sektoren wie dem Gesundheitsbereich entgegenwirken.
- Wichtig ist schließlich die Anerkennung von Berufsabschlüssen, um Dequalifizierung (brain waste) in den Zielländern zu vermeiden.

Darüber hinaus brauchen wir gezielte Fördermaßnahmen, um die Potenziale für die Migration nutzbar zu machen.

- Das BMZ hat dazu eine ganze Reihe von Instrumenten entwickelt. Wir beraten Migrationspolitik in Ländern, die dies wünschen. Wir fördern durch die Website geld-transfair.de die Nutzung günstiger und sicherer Kanäle für Überweisungen. Mit dem Programm »Rückkehrende Fachkräfte« unterstützen wir die Rückkehr meist junger in Deutschland ausgebildeter Akademiker, die dann wichtige entwicklungspolitische Beiträge leisten können. Wir sollten zunehmend auch an Arbeitskräfte denken, deren fachliche Qualifikation entweder im Partner- oder im Empfängerland unterstützt werden muss. Mit unserem Pilotförderprogramm unterstützen wir gemeinnützige Projekte von Diasporagemeinden in ihren Herkunftsändern.
- Gerade hier in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Diasporagemeinden sehe ich aber auch ein wichtiges Betätigungsfeld für entwicklungspolitische

Nichtregierungsorganisationen. Ich würde mich freuen, wenn sich hier noch mehr Zusammenarbeit entwickeln würde.

Genauso wichtig ist eine bessere Akzeptanz der Migranten hier in Deutschland. Lassen Sie mich das Engagement der Kommunen für die Entwicklung nennen. Das BMZ hilft gemeinsam mit den Kommunen, klassische Integrationsvorhaben und Vorhaben der Eine-Welt-Bewegung zusammenzubringen und so auf Gemeindeebene zum Brückenebau beizutragen.

Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn ist Leiterin der Unterabteilung Entwicklungs-politische Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Kräften im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Die dritte Seite der Münze

VON ABDULAI SILA

Ich will mit meinem Beitrag eine *a priori* andere Position einnehmen, die Sichtweise eines Bürgers aus dem Süden, aus Westafrika, von wo angeblich die viel beschworene Gefahr der Invasion Europas ausgeht.

Ich möchte über eine »dritte Seite« der Münze sprechen. Sie wird normalerweise nicht wahrgenommen, sei es aus Bequemlichkeit oder aus Nachlässigkeit. Nach dualistischem Denkmuster, das nur das Ja und das Nein kennt und selten ein Vielleicht, geben wir uns mit der zweidimensionalen Sicht der Dinge zufrieden. Was nicht gut ist, ist notwendigerweise schlecht, wer nicht groß ist, ist zwangsläufig klein. So entwickelte sich eine antagonistische Sichtweise, ein System von Unvereinbarkeiten, ein Regime des Ausschließens.

Die sichtbaren Seiten der Münze

Man spricht von Migration und Entwicklung wie von zwei unterschiedlichen, trennbaren Gegebenheiten. Dabei versucht man oft, eine Ursachen-Wirkungs-Kette herzustellen,

eine Art Hierarchisierung. Die schon immer bestehende Interaktion zwischen Entwicklung und Migration führt, will man sie auf eine niedrigere Ebene herunterstufen, zu einer historisch falschen Sichtweise, die wissenschaftlich entstellt und politisch unangemessen ist, was seinerseits wiederum zu politischem Handeln führt, das so ineffizient wie unangebracht bleibt. Das führt auf beiden Seiten zu diametral entgegengesetzten Empfindungen: In der öffentlichen Meinung der Einwanderungsänder wächst die Vorstellung von Angst vor der »Invasion«, während in den Auswanderungsändern Mut und Entschlossenheit zunehmen, die gesetzten Barrieren und Hindernisse zu überwinden und alle Kosten und damit verbundenen Risiken zu akzeptieren.

Die unsichtbare Seite der Münze

Auch in Portugal gibt es Auswanderungskandidaten, die Nächte vor dem Konsulat eines afrikanischen Landes verbringen, um zu versuchen, ein Einreisevisum zu bekom-



men. Viele von ihnen erklären offen, dass sie bereit sind, sehr hohe Summen zu zahlen, nur um eine Bedienungsnummer zu bekommen. Wohl bemerkt: Es geht hier nur darum, die Bedienungsnummer-Marke zu erhalten, nicht das Visum an sich. Ohne eine Analogie zu ähnlichen Situationen bei den Konsulaten der EU in Westafrika herzustellen, soll hier auf ein paar wesentliche Dinge hingewiesen werden, die diese Situation zeigen:

1. Die potenziellen Auswanderer gehören sicherlich nicht zu den ärmsten Schichten des Landes, sind also weder arme Landarbeiter aus dem Süden noch Fischer aus dem Norden Portugals; sie sind relativ jung, gut gekleidet, offensichtlich haben sie eine gute Ausbildung. Außerdem verfügen sie über die notwendigen Mittel für die Reise und den Neubeginn ihres Lebens in dem Land, in das sie wollen.
2. Die nationale und internationale Presse, die normalerweise gierig auf Nachrichten dieser Art ist, ignoriert diese Situation. Weder die Leiden dieser Menschen noch die ständigen Ansammlungen solcher Menschen finden Erwähnung.
3. Es ist offensichtlich, dass diese Leute eine starke Motivation haben müssen, wenn sie solche Mühen und Entwürdigungen auf sich nehmen; eine persönliche Motivation, die stärker ist als die Risiken eines solchen Abenteuers und die Furcht vor dem möglichen Misserfolg in einem weit entfernten und fremden Land.
4. Man kann annehmen, dass diese Leute nicht nur motiviert sind, sondern auch klare Ziele vor Augen haben. Die Rückkehr nach Hause, wenn sie ihre Zwecke und Ziele erreicht haben, wird sehr wahrscheinlich Teil eines solchen Pakets sein.
5. In den Köpfen solcher Auswanderungskandidaten wird nicht die Spur einer Idee der »Invasion« eines fremden Landes existieren, vielmehr der feste Entschluss, einen persönlichen Plan zu verwirklichen, den sie aus irgend einem Grund in ihrem eigenen Land und zu diesem Zeitpunkt nicht umsetzen können.

Unter einem solchen Blickwinkel ist die Entscheidung zur Auswanderung ein natürlicher, legitimer und friedlicher Wunsch. Das Bild erscheint jedoch in einer radikal anderen Farbe, wenn dieser natürliche, legitime und friedfertige Wunsch bei Menschen anderer Breitengrade auftritt, die als wirtschaftlich rückständiger gelten.

Tatsächlich ist es schwer zu verstehen, wie das wirtschaftlich gesättigte, kulturell fortschrittliche und wissenschaftlich weit entwickelte Europa unfähig ist, Situationen zu akzeptieren, die im Laufe der Entwicklung menschlicher Gesellschaften zu einer Art Gesetz wurden, das von allen anerkannt und respektiert werden sollte, ohne jeden Komplex von Überlegenheit oder Minderwertigkeit.

Das Beispiel von Europäern auf der Suche nach anderen Ufern, um aus eigenem Antrieb nach einem besseren Leben zu streben, ist Teil der Entwicklung jeder Gesellschaft zu allen Zeiten und zeigt klar, dass Migration im Gegensatz zu allen politischen Parolen und allem Getöse der Medien zum Trotz, nicht das alleinige Schicksal wirtschaftlich zurückgebliebener Völker ist.

Wenn man den Theorien glaubt, auf die sich die Migrationspolitik der europäischen Regierungen stützt, dürfte es eine so bedeutende Auswanderung aus Portugal nach Angola gar nicht geben. In der Tat müsste der Wanderungsstrom in die Gegenrichtung gehen, denn es handelt sich um ein relativ reiches Land, in dem es keinen Krieg und keinen

Hunger noch extreme Armut gibt, mit demokratisch gewählten Regierungen seit Jahrzehnten.

Schlussfolgerung

In letzter Zeit wird viel über die Dramen im Atlantik und im Mittelmeer gesprochen, in denen Menschen aus Westafrika mit ungeeigneten Transportmitteln versuchen, europäisches Territorium zu erreichen. Sie führen bei den europäischen Behörden zu rigidien Maßnahmen zur Verhinderung von Einwanderung, insbesondere zur Verlagerung der Probleme nach außen, was letztendlich eine notwendigerweise zum Scheitern verurteilte Vogel-Strauß-Politik ist.

Die Migration, also der Ortswechsel von Individuen oder Gruppen von Individuen aus einer Region in eine andere, ist – unabhängig von ihren Gründen – ein mit der Geschichte der menschlichen Gesellschaft eng verbundenes Phänomen. Wie viele Millionen Europäer sind im Laufe der letzten Jahrhunderte in so entfernte Gegenden wie Australien und Südamerika ausgewandert? In einer solchen historischen Perspektive kann man also sagen, dass kein Gesetz in der Lage ist, die menschliche Mobilität zu unterbinden, denn sie ist Teil der Natur des Menschen.

Die Migration ist eine der Komponenten des Entwicklungsprozesses. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Entwicklung immer und zumindest in ihrer Anfangsphase zu Migrationsbewegungen führt, die ihrerseits die Entwicklung dynamisieren. Dies im Gegensatz zu Behauptungen, die den Kampf gegen die Migration als eine wichtige und wirksame Maßnahme zur Stützung der Entwicklung sehen.

Die Entscheidung zur Auswanderung ist eine persönliche und hat in der Mehrheit der Fälle nicht direkt et-

was mit den stereotypen Vorstellungen von Hunger, Elend und Krieg zu tun. Es ist unbestritten, dass Notstandssituatiosn und bewaffnete Konflikte den Wunsch auszuwandern wecken oder die Entscheidung zur Auswanderung beschleunigen können, aber die Tatsachen zeigen, dass im Allgemeinen die Entscheidung auszuwandern freiwillig und nach reiflicher Überlegung getroffen wird und eine Investition darstellt, die nur die finanziell und in ihrer Ausbildung Fähigsten treffen können.

Diese Inkohärenz erhält eine ganz besondere Dimension, wenn man die europäische Entwicklungshilfepolitik der Anti-Migrations-Politik gegenüber stellt. Ohne jeden Zweifel täten die europäischen Behörden ihren Bürgern einen größeren Gefallen, wenn sie den Afrikanern eine größere Mobilität zugeständnen, statt ihre Steuergelder für Entwicklungshilfe zu verwenden. Denn die Überweisungen der Migranten an ihre Ursprungsländer sind mindestens doppelt so hoch wie die sogenannte Entwicklungshilfe und haben eine sehr viel höhere Wirkung für die Beseitigung der Armut und die Förderung von Entwicklung.

Angesichts dieser Situation und weil es *de facto* eine ständige Nachfrage nach ausländischer Arbeitskraft gibt, wäre es wirtschaftlich machbarer, politisch klüger und moralisch vernünftiger, wenn die aktuelle Anti-Migrations-Politik einer Revision unterzogen würde mit dem Ziel, einen regelmäßigen, legalen und kontrollierten Fluss von Zuwanderern zu ermöglichen.

Abdulai Sila ist Schriftsteller und Manager eines Verlagshauses in Guinea-Bissau.

Wie könnte man die Diasporagemeinden stärker in die Entwicklungspolitik integrieren?

VON GILBERTE RAYMONDE DRIESEN

In den letzten 20 Jahren haben die Vereinten Nationen und zahlreiche andere Organisationen ein beträchtliches Interesse an dem Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung, nicht nur in den Einwanderungsländern, sondern

auch in den Herkunftsländern gezeigt.

Fakt ist, wenn die Migration besser verwaltet würde, könnten alle beteiligten Länder davon profitieren. Einer der Vorteile der Einwanderungsländer ist, dass die Migration

den Mangel an Arbeitskraft – qualifiziert oder nicht – vermindert. Demgegenüber ist der Geldtransfer einer der am meisten genannten Vorteile der Herkunftsländer.

Migration als Bewegung von Kompetenzen hat viele Vorteile. Die Abwanderung ohne Wiederkehr von Wissenschaftlern und anderen hochqualifizierten Migrantinnen und Migranten ist jedoch ein problematisches Phänomen.

Seit Sarkozy an der Macht ist, hat Frankreich seine Migrationspolitik in eine zielgerichtete »immigration ciblée« geändert. Die Vereinigten Staaten von Amerika bieten ausländischen Ingenieuren kostenlose Visa an. Diese Politik scheint den afrikanischen Eliten und Forschern wie ein Glücksfall, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in Frankreich oder in den USA zu finden. Diese selektive Migration ist jedoch der größte Feind Afrikas, da seine besten Früchte gepflückt werden und dadurch die Entwicklung Afrikas erheblich behindert wird.

Mit dem Abwandern von hochqualifiziertem Personal wie Forschern, Informatikern und Ärzten verliert Afrika seine Substanz und seine Kompetenzen. Die Flucht dieser Eliten ist eine der schlimmsten Katastrophen des Kontinents und ein Profit des Westens.

Einige Länder wie Haiti, die Kapverdischen Inseln, Gambia und Somalia haben die Hälfte ihrer Eliten durch Auswanderung verloren. 15 Prozent der Akademiker sind auf der Suche nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Die Beweggründe und Ursachen der Auswanderung sind zahlreich: Mangel an wirksamer Politik für die Erhaltung der Eliten in ihren Heimatländern, Mangel an Finanzierung von Forschung, wirtschaftliche und politische Krisen, Kriege und Konflikte, Mangel an notwendiger Infrastruktur für Gesundheit und Bildung.

Beispielhaft sei hier Benin genannt: Die Île de France (Region in Nordfrankreich) verfügt über mehr Ärzte aus Benin als Benin selbst.

Die Diasporagemeinden sind interessante und wichtige Partner der Entwicklungszusammenarbeit, nicht nur wegen ihrer Geldtransfers. Laut Weltbank überweisen Migranten jährlich 328 Millionen US-Dollar in die Entwicklungsländer. Aber sie fungieren auch als Brückenbauer zwischen Ländern und Kulturen. Insofern haben sie den Bezug zu ihren Herkunftsländern keineswegs verloren.

Eine andere Seite der Entwicklungswirkung der Diaspora ist ihr gemeinnütziges Engagement, was quantitativ schwer zu beziffern ist.



Die Diasporagemeinden aus Afrika organisieren sich oft je nach gesellschaftlicher und soziokultureller Herkunft und auch nach Anspruch der Einwanderungsländer. So haben in Frankreich zwei Drittel der Migrantenselbstorganisationen als Ziel Solidarität und Selbsthilfe. Sie stammen meist aus demselben Dorf oder der Region.

In vielen Bereichen wie Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, Energie, Konfliktlösung ähneln die Ziele der Diasporagemeinden denen der Entwicklungspolitik. Die Aktivitäten sind jedoch immer parallel gelaufen. Es ist jetzt an der Zeit, ohne gegenseitige Behinderungen zusammenzuarbeiten.

Wie kann man die Diasporagemeinschaften in die Arbeit integrieren? Die Kooperation ist möglich, indem sie mit gegenseitigem Austausch auf Augenhöhe beginnt. So können sie sich gegenseitig ergänzen. Das »A und O« ist die Erleichterung der Anerkennung der Abschlüsse und Diplome der ausländischen Fachkräfte. Eine Qualifizierung der Diaspora in Sachen Management von Projekten ist ebenfalls sehr sinnvoll. Mehr Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein seitens der Migranten könnte die Zusammenarbeit erfolgreicher machen.

Die Diasporagemeinschaften sollten die Möglichkeiten haben, an Konferenzen, die ihre Herkunftsländer betreffen, teilzunehmen. Nicht nur als Fachkräfte, sondern auch als Ressourcepersonen mit interkulturellen Kompetenzen (Kulturen und Sprachen).

Die Partnerländer beziehungsweise die Regierungen der Herkunftsländer sollten das Engagement und den Weg des Migranten als Entwicklungshelfer und als wertvolle Ressource erleichtern. Die zirkuläre Migration wäre eine Alternative, um die hochqualifizierten Migranten, die nicht in die Heimat zurückkehren wollen, in die Entwicklungsländer einzubeziehen.

Gilberte Raymonde Driesen ist Seminarleiterin beim Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramm (ENSA).

VENRO-Mitglieder (Stand: Februar 2010)

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Ärzte für die Dritte Welt
- Ärzte ohne Grenzen*
- africa action/Deutschland *
- Akademie Klausenhof
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungs hilfe (AGEH)
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband*
- AWO International

- Behinderung und Entwicklungs- zusammenarbeit (bezev)*
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung

- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland

- Das Hunger Projekt
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Blindenhilfswerk
- Deutsches Komitee für UNICEF*
- Deutsches Komitee Katastrophen- vorsorge*

- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm
- Eine Welt Netz NRW

- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

- FIAN-Deutschland

- Gemeinschaft Sant'Egidio
- Germanwatch

- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Hildesheimer Blindenmission*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- humedica

- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland

- Johanniter-Auslandshilfe
- Jugend Dritte Welt (JDW)

- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe

- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke

- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionszentrale der Franziskaner*

- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland
- NETZ Bangladesch

- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT

- Opportunity International Deutschland
- ORT Deutschland
- Oxfam Deutschland

- Peter-Hesse-Stiftung
- Plan International Deutschland

- Rhein-Donau-Stiftung*
- Rotary Deutschland Gemeindienst*

- Salem International
- Samjhathi – Hilfe für Indien*
- Save the Children Deutschland*
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Swisscontact Germany

- Terra Tech Förderprojekte
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen*
- TransFair

- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nicht-regierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)

- Weltfriedensdienst
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service Deutsches Komitee
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung

- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

* Gastmitglied

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28/9 46 77-0
Fax: 02 28/9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat (verantwortlich)

Endredaktion: Kirsten Prestin

Fotos: Brendan Bannon/UNHCR (Titelfoto), Blanken/Hollandse Hoogte/laif (Seite 3),
Brot für die Welt (Seite 7), Sven Torfinn/laif (Seite 8), Mashid Mohadjerin/Redux/Laif (Seite 11),
Gustavo Alabiso/ epd-bild (Seite 13)

Satz & Layout: Just in Print, Bonn

Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Auflage: 1.000 Stück

Bonn, Februar 2010

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Zu den VENRO-Mitgliedern gehören 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke. Sie repräsentieren etwa 2000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org